



Liebe Leserinnen und Leser,

heiß her ging es diese Woche bei den Verhandlungen um den Koalitionsvertrag. Bis spät in die Nacht berieten und verhandelten die einzelnen Arbeitsgruppen. Noch immer sind viele Themen nicht abschließend geklärt, sodass die Gespräche bis in die nächste Woche hinein andauern können.

Geplant ist, dass schnellstmöglich eine Basis für eine neue Regierung gefunden wird. Doch bei aller Eile

ist es dennoch notwendig, Sorgfalt vor Schnelligkeit walten zu lassen.

Im Weiteren nahm der Deutsche Bundestag mit der Besetzung der Ausschüsse in dieser Woche seine eigentliche Arbeit auf. Ich bin, wie auch in der letzten Legislaturperiode von meiner Fraktion in den Haushaltsausschuss berufen worden und gleichzeitig zum finanz- und haushaltspolitischen

Sprecher der CSU-Landesgruppe gewählt.

Als Vorsitzender des Arbeitskreises bin ich für die fachliche Politik der Landesgruppe zuständig.

Herzliche Grüße

Ihr

Diese Woche:

CSU im Bundestag wählt Gremien-Mitglieder
55 Jahre Élysée-Vertrag
Jahreswirtschaftsbericht 2018

2
3
4



*Besetzung der CSU-Arbeitskreise***CSU im Bundestag wählt Gremien-Mitglieder**

Die CSU im Bundestag hat sich neu aufgestellt und die Mitglieder für ihre Gremien gewählt. Welche neuen Gesichter es gibt und wer künftig für was zuständig ist, lesen Sie hier:

Andrea Lindholz und Peter Ramsauer sind unsere Kandidaten für die Vorsitze der Bundestagsausschüsse. Lindholz soll den Innenausschuss übernehmen und Ramsauer den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Auf der Position des Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wird auch weiterhin Georg Nüßlein für den Bereich Gesundheit, Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zuständig sein. Diese Funktion hatte Nüßlein schon in der vergangenen Wahlperiode inne. Neu als Stellvertretender Fraktionsvorsitzender ist Ulrich Lange. Er wird für den Bereich Verkehr und digitale Infrastruktur, Bau zuständig sein.

Außerdem übernehmen Stephan Mayer (Innen), Albert Rupprecht (Bildung und Forschung), Daniela Ludwig (Verkehr und digitale Infrastruktur) und Paul Lehrieder

Energie, Verkehr und digitale Infrastruktur, Bildung und Forschung, Tourismus wird Karl Holmeier leiten. Vorsitzender des Arbeitskreis III Finanzen und Haushalt wird

Alois Rainer, dem Arbeitskreis IV Arbeit und Soziales, Gesundheit, Familie, Senioren, Frauen und Jugend steht Stephan Stracke vor. Arbeitskreis V Auswärtiges, Verteidigung, Angelegenheiten der

EU, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Menschenrechte und humanitäre Hilfe leitet Florian Hahn und Arbeitskreis VI Ernährung und Landwirtschaft, Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit Marlene Mortler.

(Tourismus) die Vorsitze der Arbeitsgruppen (Sprecherinnen und Sprecher) der Fraktion. Justiziar für die CSU im Bundestag wird Michael Frieser.

Gewählt wurden zudem auch die Vorsitzenden der Arbeitskreise der CSU im Bundestag. Für Arbeitskreis I Innen, Recht und Verbraucherschutz, Kommunalpolitik, Sport und Ehrenamt, Kultur und Medien übernimmt Volker Ullrich den Vorsitz. Arbeitskreis II Wirtschaft und



© CSU-Landesgruppe

*Élysée-Vertrag***Deutschland und Frankreich: pulsierendes Herz Europas**

Anlässlich Jubiläums zum 55. Jahrestag des Élysée-Vertrages hat der Deutsche Bundestag eine Resolution verabschiedet, die die deutsch-französische Beziehung weiter vertiefen und intensivieren soll. Am 22. Januar 1963 unterschrieben Charles de Gaulle und Konrad Adenauer in Paris den Élysée-Vertrag. Er ist ein Meilenstein in den Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern, die lange als Erbfeinde galten. „Deutschland und Frankreich sind das pulsierende Herz Europas und der Élysée-Vertrag ist die Herzkammer unserer Freundschaft“, machte Alexander Dobrindt, Vorsitzender der CSU im Bundestag, in der vereinbarten Debatte deutlich, an der auch französische Abgeordnete der Assemblée nationale teilnahmen.



©Deutscher Bundestag/ Achim Melde

Der Vertrag habe die Völker zusammengeführt und die Kräfte in Wirtschaft, Verteidigung und Verwaltung gebündelt. Der Élysée-Vertrag war und ist kein Wegbegleiter zu einem europäischen Nationalstaat, so Dobrindt. „Er ist ein stolzes Bekenntnis zur Freundschaft zweier Nationalstaaten, zur Souveränität unserer Länder in Frieden und Freiheit -

damals wie heute.“ Denn Deutschland und Frankreich sind heute wichtige Partner und Motor der EU. Gerade in einer Zeit, in der viel über Europas Krisen gesprochen wird, sei es nötig, die Zukunftsvisionen für Europa in den Mittelpunkt zu stellen, machte Dobrindt deutlich. Es gehe um das nächste Kapitel der deutsch-französischen Erfolgsgeschichte. Eine der größten Herausforderung dabei: die Digitalisierung. Sie sei die Nagelprobe für das Wohlstandsprojekt Europa, so Dobrindt. „In Europa entscheidet sich unsere wirtschaftliche, aber auch gesellschaftliche Zukunft!“ Das sei der Geist der Erneuerung des Élysée-Vertrags zwischen Frankreich und Deutschland, den beide Staaten anlässlich des 55. Jahrestages in ihrer Resolution festlegte.

Mahnung für die Gegenwart

Jede Form von Antisemitismus ist unerträglich. Hetze und Gewalt dürfen in unserer Gesellschaft keinen Raum haben - das machte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble bei der Sonderveranstaltung des Deutschen Bundestages anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus unmissverständlich deutlich. Jedes Jahr Ende Januar gedenken die Abgeordneten all jenen, die dem nationalsozialistischen Terror zum Opfer fielen.

Seit 1996 ist in Deutschland der 27. Januar - der Tag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz - Tag des Gedenkens an die

Opfer des Nationalsozialismus. Mit Anita Lasker-Wallfisch hielt eine Überlebende der Konzentrationslager Auschwitz und Bergen-Belsen die diesjährige Gedenkrede im Bundestag. Sie überlebte als Cellistin



© Deutscher Bundestag/ Achim Melde

im Mädchenorchester von Auschwitz und wurde gemeinsam mit ihrer Schwester Renate durch ihre Erklärung, die sie

am 15. April 1945 inmitten von Leichenbergen im Lager Bergen-Belsen abgaben, als "Stimme der BBC" bekannt. In ihrer Rede schilderte Lasker-Wallfisch ihre schrecklichen Erlebnisse. „Hass ist ganz einfach ein Gift. Und letzten Endes vergiftet man sich selbst.“ Lasker-Wallfisch mahnte: „Antisemitismus ist ein 2.000 Jahre alter Virus, anscheinend unheilbar“, stellte sie fest. „Nur sagt man heute nicht mehr unbedingt Juden. Heute sind es die Israelis.“ Die Holocaust-Überlebende lobte, dass der Bundestag am 18. Januar eine EntschlieÙung zur Bekämpfung des Antisemitismus angenommen hatte: „Man kann nur hoffen, dass Sie den Kampf gewinnen. Die Zukunft liegt in Ihren Händen.“

*Wirtschaft***Wirtschaftlich gestärkt in die Zukunft**

Begünstigt durch ein gutes weltwirtschaftliches Umfeld wächst die deutsche Wirtschaft auch in diesem Jahr. Die Bundesregierung geht von einem Wachstum von 2,4 Prozent aus. Laut dem Jahreswirtschaftsbericht 2018 tragen Außenhandel und Investitionstätigkeit zum anhaltenden Aufschwung bei.

Beschäftigung auf Höchststand: Die gute gesamtwirtschaftliche Lage zeigt sich insbesondere am Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote hat im Jahr 2017 mit 5,7 Prozent den niedrigs-

ten Stand seit mehr als 25 Jahren erreicht.



Die Zahl der Erwerbstätigen lag 2017 nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes bei rund 44,3 Millio-

nen und damit auf einem neuen Höchststand. Für das laufende Jahr erwartet die Bundesregierung eine Arbeitslosenquote von 5,3 Prozent.

Öffentliche Haushalte und soziale Teilhabe: Die öffentlichen Finanzen haben sich stetig verbessert. Gleichzeitig konnten bei soliden Staatsfinanzen die öffentlichen Investitionen deutlich gesteigert werden. Der Bund investiert mehr in Infrastruktur, Bildung und Forschung. Außerdem hat er die Rahmenbedingungen für private Investitionen verbessert.

*Asyl***Kein Rechtsanspruch auf Familiennachzug für Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutz**

Der Familiennachzug für Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutzstatus bleibt bis zum 31. Juli ausgesetzt. Ab August entfällt der Rechtsanspruch auf Familiennachzug für diesen Personenkreis komplett und wird durch ein Kontingent von max. 1.000 Personen pro Monat ersetzt. Dies sieht das von CDU und CSU eingebrachte Gesetz zur Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzugs vor, das die Abgeordneten am Donnerstag verabschiedet haben.

„Wir setzen das Regelwerk zur Migration um, auf das sich CDU und CSU verständigt haben, und schaf-

fen den individuellen Rechtsanspruch von 280.000 eingeschränkt schutzbedürftigen Personen auf Familiennachzug ab“, erklärte Stephan Mayer, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, in der Debatte im Bundestag. Er verwies darauf, dass der Familiennachzug für eingeschränkt schutzbedürftige Personen bis August 2015 komplett ausgeschlossen war. Nur in dem sehr kurzen Zeitraum zwischen August 2015 und dem 16. März 2016 gab es den Familiennachzug für diesen Personenkreis. Mit der nun verabschiedeten Regelung erhielten insbesondere die Landkreise, Städte und Gemeinden Planungssicherheit.



„Mit diesem Gesetzentwurf werden wir einerseits unserem christlichen Anspruch auf Humanität gerecht, setzen aber auf der anderen Seite unseren klaren Kurs der Steuerung, der Begrenzung und der Reduzierung der Zuwanderung fort.“

„Mit diesem Gesetzentwurf werden wir einerseits unserem christlichen Anspruch auf Humanität gerecht, setzen aber auf der anderen Seite unseren klaren Kurs der Steuerung, der Begrenzung und der Reduzierung der Zuwanderung fort.“